

E2

Titel Junge Menschen nicht im Regen stehen lassen – Gute Ausbildung in Europa gegen die Jugendarbeitslosigkeit

AntragstellerInnen Nordrhein-Westfalen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Junge Menschen nicht im Regen stehen lassen – Gute Ausbildung in Europa gegen die Jugendarbeitslosigkeit

1 Wir Jusos kämpfen für ein Europa, das offen, frei und vielfältig ist. Wir stehen für ein solidarisches Europa, das in
2 Zeiten eines immer weiter globalisierten Arbeitsmarktes Sicherheit und Perspektiven für Arbeitnehmer*innen
3 gewährleisten muss.

4 Zu den heftigsten Auswirkungen der Finanzkrise 2008 gehört die bis heute eklatant hohe Jugendarbeitslosigkeit – vor allem im Süden Europas. 2017 war rund ein Fünftel aller Jugendlichen in Europa arbeitslos. In
5 Griechenland, Spanien und Italien ist die Quote am höchsten. Viele arbeitslose junge Menschen haben keine
6 oder nur eine abgebrochene Ausbildung. Sie leiden unter mangelnden Angeboten ebenso wie unter für sie
7 nachteiligen (Aus)Bildungssystemen.
8

9 Deshalb brauchen wir neben den Investitionen gegen die Jugendarbeitslosigkeit einen zweiten Schritt: Die
10 Schaffung eines europäischen Bildungsrahmens, der sowohl die Bedingungen und Chancen der Jugendlichen
11 vor Ort, als auch ihre Mobilität und Chancen auf dem gesamteuropäischen Binnenmarkt erhöht! Europäischer
12 Austausch darf nicht nur auf die Angleichung der (Hochschul-)Bildungsgänge beschränkt bleiben. Auch die
13 Berufsausbildung muss europäisch werden!

14 **Einen gemeinsamen Rahmen nach Vorbild des dualen Ausbildungssystems**

15 In vielen Bereichen lässt sich das duale Ausbildungssystem zum Vorbild nehmen, wie es in unterschiedlichen
16 Variationen in der Bundesrepublik, Österreich, Dänemark und z.T. in den Niederlanden praktiziert wird. Ein
17 entscheidender Vorteil ist die Partnerschaft von Betrieben, Gewerkschaften und Bildungsträger*innen. Da-
18 durch wird das Erlernen von Fähigkeiten gesichert, die nicht auf einen Betrieb/eine Branche beschränkt ist. Zu-
19 dem werden durch staatliche Beteiligung Rahmenbedingungen geschaffen, die Standards festschreiben (wie
20 z.B. im BBiG oder der Handwerksordnung). Außerdem wird Sorge dafür getragen, dass in den Ausbildungs-
21 rahmenplänen Bildungsinhalte vereinbart werden, die unter anderem die Rolle von Interessenvertretungen
22 der Beschäftigten vermitteln und die Interessenlage von Auszubildenden und späteren Beschäftigten im Wirt-
23 schaftssystem. Auch die Vergütungen sind an gesetzliche Regelungen gebunden. Das schafft Sicherheiten für
24 die Auszubildenden und steigert die Akzeptanz ihrer Abschlüsse. In Deutschland wirkt das duale Ausbildungs-
25 system als wesentlicher Faktor gegen Jugendarbeitslosigkeit. Einige Staaten haben Bausteine aus dem dualen
26 System bereits übernommen, allerdings teilweise ohne die zwingende Beteiligung von Gewerkschaften zum
27 Beispiel in den Berufsbildungsausschüssen. Eine Erarbeitung europäischer Standards würde sowohl Wertig-
28 keit als auch Vergleichbarkeit der Ausbildungen schaffen und somit die Chancen auf Übernahme bei den Aus-
29 zubildenden steigern.

30 Wir fordern:

- 31 • Eine **Ausbildungsgarantie für alle europäischen Länder**. Wir setzen europaweit auf die Einführung
32 eines gesetzlichen Anspruchs auf eine mindestens dreijährige berufliche Ausbildung in einem aner-
33 kannten Ausbildungsberuf. Diese Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen, die keinen Ausbildungs-

34 platz finden konnten, soll spätestens zwei Monate nach Beginn des jeweiligen Ausbildungsjahres gel-
 35 ten. Ein erster Schritt in diese Richtung ist auf jeden Fall die **Jugendgarantie**, diese muss aber noch
 36 weitergehender sein. Ein Teil einer europäischen Ausbildungsgarantie muss sein, dass der Staat – also
 37 Kommunen, Kreisverwaltungen, Behörden des Landes und des Bundes – hochwertige duale Ausbil-
 38 dungsplätze deutlich über dem eigenen Bedarf anbietet. Es kann nicht sein, dass staatliche Stellen –
 39 wie es aktuell an vielen Stellen traurige Realität ist – selbst viel zu wenige Ausbildungsstellen anbieten,
 40 um dann später gefragte Fachkräfte auf dem Markt abzuwerben.

41 • Die Erarbeitung eines **gesamteuropäischen Ausbildungsrahmens** mit der Schaffung von gemeinsa-
 42 men Standards. Das Ausbildungssystem muss in einer Partnerschaft zwischen den Sozialpartner*in-
 43 nen, Behörden und Berufsbildungseinrichtungen geregelt werden. Die Bildung der Auszubildenden
 44 und die Garantie ihrer Rechte müssen dabei im Vordergrund stehen. Die Verknüpfung zwischen einer
 45 mehrjährigen schulischen und betrieblichen Ausbildung ist unabdingbar! Die Unternehmen müssen ih-
 46 rer Verantwortung gegenüber den Auszubildenden nachkommen und die Bedingungen der Ausbildung
 47 müssen und in einem Arbeitsvertrag festgehalten werden. Die Auszubildenden dürfen also faktisch
 48 keine Schüler*innen sein, die ein Praktikum absolvieren, sondern haben einen vertraglich geregelten
 49 Status angehender Fachkräfte.

50 • Keine weitere Stärkung von modularen Ausbildungselementen zum Ausbildungsbeginn. Berufsausbil-
 51 dung ist für uns der vollumfängliche Erwerb von Fertigkeiten eines gesamten Berufsbildes. Auszubil-
 52 dende müssen befähigt werden, die erlernten Fähigkeiten ohne große Anlernzeit in anderen Betrie-
 53 ben/Unternehmen anwenden zu können. Erst nach Erlangung einer Berufsausbildung nach diesem
 54 Maßstab können modulare Spezialisierungen sinnvoll sein.

55 • Eine **Vergleichbarkeit der Ausbildungsabschlüsse** ähnlich wie beim Europäischen Qualifizierungs-
 56 rahmen. Im Idealfall sollte klar festgelegt werden, welche Qualifikation man nach Abschluss seiner
 57 Berufsausbildung erreicht hat. Modelle, in denen die Auszubildenden Vollzeit in der Schule ohne Be-
 58 trieb ausgebildet werden, sollten nur einen geringfügigen Anteil haben. Dazu gehört auch, dass es eine
 59 Gleichstellung von beruflicher und akademischer Bildung gibt.

60 • Eine Beteiligung von Gewerkschaften und anderen Beschäftigtenvertretungen an der Erarbeitung der
 61 europäischen Ausbildungsrahmen.

62 • Eine öffentliche Förderung von tariflichen oder sonstigen Garantieerklärungen zur Übernahme der
 63 Auszubildenden. Denn alle Auszubildenden brauchen eine sichere berufliche Perspektive nach ihrer
 64 Ausbildung!

65 • Eine Sicherstellung, dass Auszubildende in der Zeit ihrer Ausbildung von ihrer*m Arbeitgeber*in
 66 nach **Tarif** oder nach einer europäischen **Mindestausbildungsvergütung** bezahlt werden. Dies muss
 67 einhergehen mit der Forderung nach einem europäischen Mindestlohn.

68 Europäische Mobilität stärken

69 Lernen ohne Grenzen ist ein elementarer Grundstein europäischer Freizügigkeit. Deshalb müssen Anreize und
 70 Angebote für Auszubildende mehr gefördert werden, eine Ausbildung im Ausland oder auch nur ein Prakti-
 71 kum absolvieren zu können. Das Erasmus+ Programm der Europäischen Union bietet schon die Möglichkeit
 72 an, sich im Ausland weiterzubilden. Die Erhöhung des Budgets für den Zeitraum 2014 bis 2020 um 40 Prozent
 73 war deshalb ein Schritt in die richtige Richtung. Jetzt ist es wichtig, dass Erasmus+ auch nach 2020 fortgesetzt
 74 und weiterentwickelt wird. Im Rahmen eines stetig globalisierten Arbeitsmarktes sowie der Ausweitung von
 75 multinationalen Unternehmen müssen auch die Unternehmen Angebote des Austausches ihrer Auszubilden-
 76 den schaffen und Aus- sowie Weiterbildung stärken.

77 Wir fordern:

78 • Eine deutliche **Erhöhung des Bildungsbudgets** im EU-Gesamthaushalt inklusive einer Erhöhung des
 79 Budgets für Erasmus+ . Wie die Zwischen-Evaluierungen zeigen, ist die Nachfrage größer als die zur
 80 Verfügung stehenden Mittel. Wer die Mobilität steigern will, muss deshalb deutlich mehr Geld zur Ver-
 81 fügung stellen.

82 • Eine **gerechtere Mittelaufteilung** zwischen den verschiedenen Programmbereichen. Mit 43 Prozent
 83 fließt ein großer Anteil des Gesamtbudgets von Erasmus+ in den Bereich Hochschulbildung. Die all-

84 gemeine und demokratische Erwachsenenbildung (5 Prozent), die berufliche Bildung (22 Prozent), die
85 Schulbildung (15 Prozent) und der Jugendbereich (10 Prozent) stehen dagegen deutlich zurück. Um die
86 Mobilität in allen Programmbereichen zu stärken, müssen die Mittelaufteilung verändert und Mindest-
87 budgets geschaffen werden.

88 • Eine Stärkung von Erasmus+ auch für die **Weiterbildung**. In der Praxis wird Erasmus+ oft ausschließlich
89 mit dem Förderschwerpunkt der 18-25 Jährigen assoziiert. Im künftigen Programm muss daher die Idee
90 des lebenslangen Lernens viel stärker verankert werden.

91 • Die Schaffung eines **ganzheitlichen Bildungsbegriffes** für Erasmus+. In den vergangenen Jahren war
92 der Bildungsbegriff europäischer Bildungsprogramme stark fokussiert auf Wettbewerbs- und Beschäf-
93 tigungsfähigkeit. Bildungsmobilität muss aber deutlich mehr sein als eine Beschränkung auf eng be-
94 grenzte berufliche Qualifikationen. Sie muss auch einer gesellschaftlichen und kulturellen Beteiligung
95 an einer gemeinsamen demokratischen europäischen Gesellschaft dienen. Der europaweite Ausbau
96 eines Berufsschulnetzwerkes muss vorangetrieben werden um einen ganzheitlichen theoretischen Bil-
97 dungsansatz innerhalb des Erasmus+ zu sorgen. Deshalb muss der Bildungsbegriff für das neue Pro-
98 gramm ausgeweitet werden.

99 • Die Stärkung von Instrumenten, die den **Austausch von Auszubildenden in multinationalen Kon-**
100 **zernen** stärken, ganz konkret mit der Gründung von europaweiten Jugend- und Auszubildendenver-
101 tretungen.